

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	XXXIX

A. Einleitung

1. Staat und Recht	2
Der Staat	2
Staat als Form politischer Herrschaft	3
Staatsgewalt, Staatsvolk, Staatsgebiet	4
Staat und Gesellschaft	4
Recht und Gerechtigkeit	5
Privatrecht und öffentliches Recht	6
2. Die Verfassung	7
Verfassung und Verfassungsrecht	7
Verfassungsgebung	9
Geltungsgrund (Legitimität) der Verfassung	9
Verfassungspolitik	10
Entwicklung des Verfassungsstaates	11
Verfassungslehre	13
3. Das Verfassungsrecht	15
Die Verfassung als bindende Norm und Maßstab für die Politik und die Ausübung öffentlicher Gewalt	15
Auslegung des Verfassungsgesetzes	16
Grundsätze der Verfassungaueslegung	17
Fortbildung der Verfassung durch die Staatspraxis und die ge- richtliche Rechtsfortbildung	18
Die Staatsrechtslehre	19
4. Entstehung des Grundgesetzes und Gründung der Bundesre- publik Deutschland	21
Vorgeschichte	21
„Grundgesetz“ statt „Verfassung“	22
„Parlamentarischer Rat“ statt „Verfassungsgebende Versamm- lung“	23
Der Herrenchiemseer Verfassungskonvent	24
Der Parlamentarische Rat	25
Annahme und Inkrafttreten des Grundgesetzes	26
5. Verfassungsgeschichte	26
Deutsche Verfassungsgeschichte	26
Die Verfassungsgebung in der März-Revolution	27
Die Bismarck'sche Reichsverfassung	28

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Weimarer Reichsverfassung	29
Das Dritte Reich	31
Zusammenbruch und Besatzungszeit	33
Die neuen Länder und ihre Verfassungen	34
Das Ende der Besatzungszeit	36
Die Bundesrepublik Deutschland	37
Die Deutsche Demokratische Republik	38
6. Verfassungsentwicklung nach 1949	41
Politische Entwicklung und Institutionen der Bundesrepublik Deutschland	41
Die Verfassungsänderungen	44
Verfassungsreform	46
Die Verfassung Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhun- dert	48
7. Die Wiedervereinigung Deutschlands	50
a) Die deutsche Frage	50
Untergang des Deutschen Reiches?	50
Das Wiedervereinigungsgebot als Staatsziel und Verfassungsauftrag	51
Die neue „Ostpolitik“ seit 1969	52
Die beiden deutschen Staaten 1949 bis 1990	53
Berlin	54
b) Die Herstellung der deutschen Einheit	56
Beitritt der DDR nach Art. 23 Satz 2 a. F. GG oder Neukonstituierung der Staats- und Verfassungsordnung nach Art. 146 a. F. GG?	56
Der Staatsvertrag und der Einigungsvertrag	56
Die Beendigung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland	59
Die Vollendung der Einheit Deutschlands und die Herstellung der Rechtseinheit	60
Die neuen Bundesländer	61
Die ersten gesamtdeutschen Wahlen	63
Beitritt der DDR und Europäische Gemeinschaften	64
Die ehemals deutschen Ostgebiete	65
B. Präambel	
Präambeln in einer Verfassung	69
Rechtliche Bedeutung	70
Selbstinterpretation, Bekenntnis und Verheißungen	70
C. Die Grundrechte	
1. Der Schutz der Freiheit durch Grundrechte	82
Die Idee der unveräußerlichen Menschenrechte	82
Objektives Recht und individuelle Rechte	82

	Seite
Freiheit und Teilhabe	83
Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht	84
Das subjektiv öffentliche Recht	85
Die Grundrechte in der Geschichte des Verfassungsstaates	86
Grundrechte in der deutschen Verfassungsgeschichte	87
Weimarer Reichsverfassung: Die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen	88
„Soziale Grundrechte“	90
Grundrechte im internationalen Recht	91
Die Europäische Menschenrechtskonvention	92
2. Grundlinien der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung	93
Menschenrechte und Bürgerrechte	93
Grundrechte juristischer Personen	94
Grundrechte des Staates oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften?	96
Ausländerrecht	97
Inhalte grundrechtlicher Gewährleistungen	98
Schutz-, Gewährleistungs- und Ordnungsfunktion der Grundrechte	100
Rechtliche Wirkung der Grundrechte	101
Vorbehalt des Gesetzes für „wesentliche“ Regelungen	103
Die Garantie von Rechtseinrichtungen	104
Grundrechtssicherung durch Organisation und Verfahren	105
Grundrechtliche Schutzpflichten	107
Privatrechtsgestaltende Wirkung (Drittwirkung) von Grundrechten	109
Kodifikatorische Wirkung einzelner Grundrechte	111
Einschränkbarkeit der Grundrechte durch Gesetz	111
Schranken der Grundrechtsausübung	113
Der Schutz des Wesensgehalts eines Grundrechts	115
Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	115
Verwirkung von Grundrechten	117
Das Petitionsrecht	117
Die Verfassungsbeschwerde	118
3. Die persönliche Freiheit und Integrität	119
Die Würde des Menschen ist unantastbar	119
Die freie Entfaltung der Persönlichkeit	121
Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	121
Der Schutz der Intimsphäre und der Privatheit	124
Datenschutz	125
Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit	127
Der Schutz des ungeborenen Lebens	129
Die Freiheit der Person	131
Voraussetzungen der Freiheitsentziehung	132
Unverletzlichkeit der Wohnung	132

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	134
Verbot von Ausbürgerung und Auslieferung	139
4. Gleichheit und Willkürverbot	141
Der allgemeine Gleichheitssatz	141
Das Willkürverbot	142
Das Gebot der Gleichbehandlung	143
Besondere Differenzierungsverbote	144
Die Gleichberechtigung von Mann und Frau	145
Durchsetzung der Gleichberechtigung und Beseitigung bestehender Nachteile	149
Die Gleichstellung der unehelichen Kinder	152
Die Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten	153
Öffentlicher Dienst	154
Lastengleichheit	154
5. Ehe und Familie	155
Der Schutz von Ehe und Familie	155
Die Freiheit der Eheschließung	159
Das Erziehungsrecht der Eltern	159
Der Schutz der Mutter	162
6. Glaubens- und Gewissensfreiheit	162
Die Religionsfreiheit	162
Die Freiheit der Weltanschauung	167
Die Gewissensfreiheit	167
Das Recht der Kriegsdienstverweigerung	169
7. Die Freiheit der Meinung	170
Die Meinungsfreiheit	170
Die Informationsfreiheit	174
Die Versammlungsfreiheit	175
Die Vereinigungsfreiheit	178
8. Pressefreiheit und andere Medienfreiheiten	180
Medien und Medienrecht	180
Die Pressefreiheit	185
Die Rundfunkfreiheit	188
Das duale Rundfunksystem	192
Die Filmfreiheit	195
Das Zensurverbot	196
9. Schule und Bildung, Wissenschaft und Kunst	197
Die staatliche Schulaufsicht	197
Landespolitik im Schulwesen	199
Die Privatschulfreiheit	200
Recht auf Bildung?	201
Die freie Wahl der Ausbildungsstätte	203
Numerus clausus	203
Die Wissenschaftsfreiheit	204
Die Kunstfreiheit	207

	Seite
10. Die Grundrechte der wirtschaftlichen Freiheit	210
Berufsfreiheit	210
Unternehmensfreiheit	214
Vertragsfreiheit	215
Allgemeine Wirtschaftsfreiheit	217
Eigentumsgarantie	217
Sozialgebundenheit des Grundeigentums	221
Enteignung	224
Sozialisierung	226
Erbrecht	226
Vereinigungsfreiheit	227
Freizügigkeit	229
Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes?	230
11. Freiheit von Arbeit und Beruf	231
Die freie Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes	231
Recht auf Arbeit?	233
Angemessene Arbeitsbedingungen	233
Gleichbehandlungsgrundsatz und Diskriminierungsverbote	234
Gleichberechtigung von Mann und Frau	235
Sozialstaatsatz	236
12. Grundgesetz und kollektives Arbeitsrecht	237
Die Koalitionsfreiheit	237
Koalitionen und deren Organisations- und Betätigungsfreiheit	239
Die Tarifautonomie	240
Arbeitskampfrecht	244
Betriebsverfassung	246
13. Die politische Freiheit	247
Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	247
Wahlrecht	249
Asylrecht	250
Das neugefaßte Grundrecht auf Asyl	253
Asylverfahren, Rechtsschutz	255
14. Die allgemeine Handlungsfreiheit	255
Das „Auffanggrundrecht“ des Art. 2 Abs. 1 GG	255
Die Schranken des Grundrechts	256
Die innere Einheit und Vielfalt der Grundrechte	257

D. Der Bund und die Länder

1. Die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland	269
a) Staatsform und verfassungsgestaltende Grundentscheidungen	269
Staatsform	269
Das Grundgesetz ist kein bloßes Organisationsstatut	269

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen	269
„Streitbare Demokratie“	270
Das Recht zum Widerstand	271
b) Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Demokratie	271
Volkssouveränität	271
Freiheit und Gleichheit	272
Das Mehrheitsprinzip	273
Pluralismus	274
Repräsentative und plebiszitäre Demokratie	275
Parlamentarische Demokratie	276
Wahlen und Abstimmungen	277
Die politischen Parteien	278
Bürgerinitiativen und andere Erscheinungsformen der Parti- zipationsdemokratie	279
Politische Selbstverwaltung	280
Die organisierten Interessen	281
Die öffentliche Meinung	282
Demokratie als Organisation politischer Herrschaft	283
„Wirtschaftsdemokratie“	283
c) Parteien in der Demokratie	284
Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien	284
Das Parteiengesetz	286
Finanzen der Parteien und staatliche Parteienfinanzierung	287
Rechenschaftspflicht	290
Parteienverbot	292
„Parteienstaat“	293
d) Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Republik	295
Republik und Monarchie	295
Die republikanische Staatsform im Grundgesetz	295
e) Staatssymbole	295
Bundesflagge	295
Bundeswappen	296
Bundeshauptstadt	297
Nationalhymne	297
2. Die Staatsaufgaben	298
a) Der Staatszweck und die Aufgaben des Staates	298
„Rechtfertigung“ des Staates: der Staatszweck	298
Die politischen und sozialen Aufgaben des Staates heute	299
Die Vollmacht des Gesetzgebers	300
b) Der Sozialstaatsatz	301
Die soziale Staatsaufgabe	301
Verfassungsrechtliche Bindungskraft der Sozialstaatsklausel ...	302
Sozialstaatliche Rechte?	303
Wirtschafts- und Arbeitsverfassung	303
Sozialstaat und Wirtschaftswachstum	304
Der Mitbestimmungsgedanke	305

	Seite
c) Die Staatsaufgaben im Grundgesetz	306
Staatsaufgaben des Bundes und der Länder	306
Staatszielbestimmungen	308
Gesetzgebungsaufträge	309
Staatsziel Umweltschutz	309
3. Das Rechtsstaatsprinzip	311
a) Die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat	311
Das Verfassungsprinzip des sozialen Rechtsstaats	311
Die rechtsstaatlichen Verfassungsgrundsätze und ihr innerer Zusammenhang	312
b) Die Gewaltenteilung	312
Geschichtliche und ideelle Grundlage	312
Verwirklichung im Grundgesetz	315
c) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung	316
Der rechtsstaatliche Gesetzesbegriff	316
Die verfassungsmäßige Ordnung	316
Der Stufenbau der Rechtsordnung	317
Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit des Freiheitsein- griffs durch Gesetz (Übermaßverbot)	319
Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	319
d) Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	321
Gesetz und Verwaltung	321
Der Vorrang des Gesetzes	322
Der Vorbehalt des Gesetzes	322
Gesetzesvorbehalt in der Leistungsverwaltung?	324
Rechtsetzung durch die Exekutive (Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG) ..	325
e) Die Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht	326
Rechtsgebundenheit der Rechtsprechung	326
Richterliche Rechtsbildung und Rechtsfortbildung	326
Maßstabsabhängigkeit der richterlichen Entscheidung	327
Richterliche Überprüfbarkeit des Ermessens und der Gestal- tungsfreiheit der Verwaltung	328
f) Staatshaftung und Entschädigung	329
Rechtsstaatliche Verantwortlichkeit des Staates und sonstiger Verwaltungsträger	329
Von der Beamtenhaftung zur Staatshaftung	330
Schadensersatz wegen Amtspflichtverletzung	331
Aufopferung und Entschädigung	332
Das gescheiterte Staatshaftungsgesetz	333
Reform der Staatshaftung	334
4. Die Bundesrepublik ist ein Bundesstaat	335
a) Bundesstaat und Föderalismus	335
Historische und ideelle Grundlagen	335
Staatsrechtliche Verwirklichung des Föderalismus: Der Bun- desstaat	337

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gebietseinteilung, Neugliederung	339
Die neuen Bundesländer	341
b) Die Verfassungsautonomie der Länder und das Landesverfassungsrecht	342
Verfassungsautonomie	342
Landesverfassungsrecht	343
Die Verfassunggebung in den neuen Bundesländern	344
Landesverfassungsgerichtsbarkeit	345
c) Grundlinien der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	346
Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder	346
„Materie“ als Kriterium kompetenzrechtlicher Zuordnung	347
Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs	348
Bundeskompetenzen kraft Natur der Sache	348
Auswärtige Beziehungen	349
Bundesstaat und Europäische Union	349
d) Die Rechts- und Wirtschaftseinheit im Bundesstaat	351
Rechts- und Amtshilfe	351
Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit	351
Handelsflotte	352
e) Die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder	352
Grundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens	352
Bundeszwang	353
Bundesaufsicht	354
Gewährleistungspflicht des Bundes für die verfassungsmäßige Ordnung der Länder	354
Einzelregelungen bundesstaatlicher Rechte und Pflichten	354
Vereinbarungen von Bund und Ländern	355
f) Die kommunale Selbstverwaltung	356
Die verfassungsrechtliche Gewährleistung	356
Die Gemeinde und das Gemeinderecht	359
Die Landkreise	359
Selbstverwaltung und Autonomie in den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	360
Kommunale Daseinsvorsorge	362
Wirtschaftliche Betätigung und Wirtschaftsförderung	363
Kommunale Planungshoheit	364
Kommunale Finanzhoheit	365
Die kommunale Verfassungsbeschwerde	366
Die Gemeindereform	367
5. Der öffentliche Dienst	368
a) Das Berufsbeamtentum	368
Die verfassungsrechtliche Garantie	368
Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums	369
Eignung, Befähigung und fachliche Leistung	369
Rechte und Pflichten des Beamten	371

	Seite
Die Pflicht des Beamten zur Verfassungstreue	372
Parlamentarische Inkompatibilität	373
Art. 131 GG	374
Beamte, Richter, Soldaten	374
b) Beamtenrecht im Bundesstaat	375
Bundeseinheitliche Regelung	375
Das föderative Prinzip in der Personalpolitik der obersten Bundesbehörden	376
Die Überleitung der DDR-Dienstverhältnisse	376
c) Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst	377
Beamtenrecht und öffentliches Dienstrecht	377
Das Dienstverhältnis	378
d) Personalvertretung	378
Mitbestimmung in der Dienststelle	378
6. Die auswärtige Gewalt und die internationalen Beziehungen ..	379
a) Außenpolitik und Verfassung	379
Die auswärtige Gewalt	379
Außenpolitik ist Sache des Bundes	380
Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	381
b) Völkerrecht und nationales Recht	381
Das Völkerrecht und seine Rechtsquellen	381
Dualismus von Völkerrecht und nationalem Recht; Transformation	382
Verhältnis der inkorporierten Regeln zum nationalen Recht ...	383
c) Bündnisse und Mitgliedschaften in internationalen Organisa- tionen	384
Grundgedanke des Art. 24 GG	384
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	385
Verteidigungspolitische Integration	386
Schiedsgerichtsbarkeit	387
d) Völkerrechtliche Verträge	388
Begriff des völkerrechtlichen Vertrages	388
Vertragsschließungsverfahren	388
Transformation in die nationale Rechtsordnung	389
Verträge mit der ehemaligen DDR	390
e) Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im interna- tionalen Verkehr	391
Vertretungsmacht des Bundespräsidenten	391
Vertretungspraxis	391
f) Kriegsverhütung und Friedenssicherung	391
Grundsatz des friedlichen Zusammenlebens der Völker	391
Kontrolle des Kriegswaffenhandels	392
g) Bund und Länder im völkerrechtlichen Verkehr	392
Das Anhörungsrecht der Länder	392
Eigene außenpolitische Beziehungen der Länder	393
Das Lindauer Abkommen	394

Inhaltsverzeichnis

	Seite
h) Verfassungsrechtliche Justiziabilität der auswärtigen Gewalt ..	394
Theorie der Regierungsakte	394
Bindung des deutschen Richters an Akte der deutschen aus-	
wärtigen Gewalt?	395
Überprüfung der Akte fremder Staaten	395
Praxis der gerichtlichen Kontrolle	396
Einstweilige Anordnung	397
Normenqualifizierungsverfahren	398
7. Die Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa ..	398
a) Die Übertragung von Hoheitsrechten	398
Die „supranationale“ Öffnung des Grundgesetzes	398
Der Europa-Artikel (Art. 23 GG)	400
Grenzen eines möglichen Hoheitsverzichts	402
b) Die Europäische Union, die Europäische Gemeinschaft und	
das Europarecht	403
Die Entstehung der Europäischen Gemeinschaften: die Ge-	
meinschaftsverträge	403
Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen	
Union	406
Assoziierung, Außenbeziehungen	409
Der Gemeinsame Markt, der Binnenmarkt und die Wirt-	
schafts- und Währungsunion	410
Insbesondere der Agrarmarkt	412
Die Gemeinschaften und ihre Organe	413
Der Europäische Gerichtshof	415
Das Gemeinschaftsrecht	417
Das Gemeinschaftsrecht und die Grundrechte	420
Die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und	
das Subsidiaritätsprinzip	423
Politische Union	425
c) Der Europarat und die Menschenrechtskonvention	427
Der Europarat	427
Die Europäische Sozialcharta	428

E. Die Staatsorgane

1. Parlamentarismus und parlamentarische Demokratie	438
a) Der Bundestag als Volksvertretung	438
Legitimation durch Wahlen	438
Die Aufgabe der parlamentarischen Volksvertretung	439
b) Das Wahlrecht	440
Wahlrechtsgrundsätze	440
Wahlssysteme	442
Aktives und passives Wahlrecht	443

	Seite
Das Bundeswahlgesetz	445
Wahlverfahren	445
Parteien im Wahlverfahren	447
Die 5%-Klausel	448
c) Repräsentation durch das Parlament	449
Parlamentarismus	449
Repräsentation	451
Plebiszitäre Ergänzungen der parlamentarischen Repräsentation	452
2. Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem	455
a) Die Verfassungsorgane	455
Staats- und Verfassungsorgane	455
Organe und Funktionen	455
Sitz der Bundesorgane	456
b) Parlament und Regierung	456
Regierung im parlamentarischen Regierungssystem	456
Kontroll- und Entscheidungsrechte des Parlaments	458
Staatsleitung und Regierung	459
Die Rolle der Opposition	460
c) Der Gemeinsame Ausschuß	460
Notstand – Stunde der Exekutive?	460
Strukturgedanke des Gemeinsamen Ausschusses	461
Aufgaben und Befugnisse des Gemeinsamen Ausschusses	461
3. Der Bundestag	462
a) Wahl und Wahlperiode	462
Der Deutsche Bundestag in der Verfassungsordnung	462
Wahlperiode, Sitzungen	462
Grundsatz der Diskontinuität	463
Wahlprüfung	463
b) Abgeordneter und Fraktion	464
Das parlamentarische Mandat	464
Das freie Mandat	466
Rechte des Abgeordneten	468
Insbesondere die Immunität	468
Insbesondere die Indemnität	469
Die Abgeordnetenentschädigung („Diäten“)	470
Partei und Fraktion	471
c) Organisation des Bundestages	473
Präsident, Präsidium, Ältestenrat	473
Ausschüsse	473
Der Petitionsausschuß	474
Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union	475
Bundestagsverwaltung	476
Wissenschaftlicher Dienst	476
Enquete-Kommissionen	476

Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) Parlamentsrecht und Geschäftsordnungsautonomie des Bundestages	477
Parlamentsrecht	477
Verhandlungen und Beschlußfassung	477
Die Geschäftsordnung	478
Hausrecht und Polizeigewalt im Bundestag	479
Die Bannmeile	479
e) Die Rechte des Bundestages im Rahmen des parlamentarischen Regierungssystems	480
Zitierungs- und Interpellationsrecht	480
Enquêterecht	480
Die besonderen Rechte des Untersuchungsausschusses	483
Der Wehrbeauftragte	485
Das Parlamentarische Kontrollgremium	485
Bundestag und Richterwahl	486
f) Der Bundestag als Gesetzgeber	486
Initiativrecht	486
Beratung von Gesetzentwürfen im Plenum und in den Ausschüssen	487
Beschlußfassung über Gesetze	487
Mitwirkung des Bundestages beim Erlaß von Rechtsverordnungen	487
4. Der Bundesrat	488
a) Die föderative Kammer als Bundesorgan	488
Der Bundesrat	488
Senat oder Gesandtenkongreß?	489
Verfassungsgeschichte	489
Zusammensetzung des Bundesrates	490
Organisation und Geschäftsgang	491
Bundesrat und Länder	492
Besondere Befugnisse des Bundesrates	493
Bundesrat und Europäische Union	493
b) Die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes	495
Initiativrecht	495
Einspruchs- und Zustimmungsgesetze	496
Verfassungsändernde Gesetze	496
c) Die Mitwirkung an der Verwaltung des Bundes	496
Bundesaufsicht	496
Verwaltungsvorschriften	497
Rechtsverordnungen des Bundes	497
Besondere Rechte des Bundesrates	497
5. Der Bundespräsident	498
a) Das Staatsoberhaupt in der Republik	498
Der Bundespräsident als Staatsoberhaupt	498
Reichspräsident und Bundespräsident	499

	Seite
Verfassungsrechtliche Stellung des Bundespräsidenten	500
Vertreter des Bundespräsidenten	501
Präsidentenanklage	501
b) Die Wahl des Bundespräsidenten	502
Die Bundesversammlung	502
Bisherige Amtsinhaber	502
c) Bundespräsident und Bundeskanzler	503
Der Bundespräsident bei der Regierungsbildung	503
Information und Beratung	504
Die Gegenzeichnung	505
d) Die Aufgaben und Rechte des Bundespräsidenten	506
Selbständige Entscheidungsbefugnisse	506
Begnadigungsrecht	506
Ernennung und Entlassung von Beamten	507
Ausfertigung und Verkündung von Bundesgesetzen	507
Prüfungsrecht des Bundespräsidenten	507
e) Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich	508
Vertretungszuständigkeit im völkerrechtlichen Verkehr	508
Aktives und passives Gesandtschaftsrecht	508
Ratifikation von völkerrechtlichen Verträgen	509
6. Die Bundesregierung	509
a) Die Bundesregierung und ihre Organisation	509
Der Bundeskanzler und die Bundesregierung	509
Kanzler- und Ressortprinzip	510
Das Bundeskanzleramt	511
Die Geschäftsordnung der Bundesregierung	511
b) Die Regierungsbildung	512
Die Wahl des Bundeskanzlers	512
Berufung und Ernennung von Bundesministern	513
Koalitionsabsprachen	513
c) Der Bundeskanzler und die Bundesminister	514
Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik	514
Organisationsgewalt des Bundeskanzlers	514
Personalpolitische Entscheidungsmacht des Bundeskanzlers ...	514
Die Bundesminister	515
Amtsstellung des Bundeskanzlers und der Bundesminister	515
Parlamentarische Staatssekretäre	516
d) Aufgaben und Rechte der Bundesregierung	517
Organisationsgewalt	517
Kollegiale Zuständigkeiten	517
Insbesondere das Recht der Gesetzesinitiative	518
e) Die Ministerialbürokratie	519
Die Ministerien	519
Der Aufbau der Ministerien	519
Die Mitwirkung der Ministerialbürokratie bei der Gesetzge-	
bung	520

Inhaltsverzeichnis

	Seite
f) Parlamentarische Verantwortlichkeit	520
Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers und der Bundesminister	520
Tadelanträge	521
Mißtrauensvotum	522
Vertrauensfrage	523

F. Gesetzgebung

1. Das Gesetz	535
a) Die Rechtsordnung	535
Rechtsetzung durch Normerlaß	535
Das Gesetz als parlamentarische Entscheidung	536
Garantiefunktion des Gesetzes	537
Die Rechtsquellen	538
b) Die gesetzgebende Gewalt	538
Gesetzgebung und Gewaltenteilung	538
Verfassungsrechtliche Bindungen der Gesetzgebung	539
Gesetzgebung in der Europäischen Union	540
„Maßnahme-Gesetze“	541
Politische Leitung und Planung durch Gesetz	541
Die Einschätzungs- und Beurteilungsprärogative des Gesetzgebers	542
c) Die Aufgabe des Gesetzgebers	543
Der Staatszweck und die Ziele der Gesetzgebung	543
„Normenflut“ – „Normenhunger“	543
Alle „wesentlichen“ Regelungen bedürfen des Gesetzes	544
Die politische Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	545
2. Gesetz und Verordnung	546
a) Abgeleitete Rechtsetzung der Exekutive im Wege der Rechtsverordnung	546
Rechtsverordnung aufgrund Gesetzes	546
Kein selbständiges Verordnungsrecht der Exekutive	547
Rechtsverordnungen auf Grund bundesgesetzlicher Ermächtigung	547
Das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot	548
Bestimmtheitsgebot bei landesgesetzlichen Ermächtigungen	549
Reformüberlegungen	549
b) Verwaltungsvorschriften	550
Begriff und Erscheinungsformen	550
Zulässigkeitsvoraussetzungen	550
Quasinormative Außenwirkung	551
Ermessensdirektiven	551
„Normkonkretisierende“ Verwaltungsvorschriften	552
Gleichbehandlung und Vertrauensschutz	553

	Seite
3. Gesetzgebung im Bundesstaat	553
a) Die Zuständigkeitsvoraussetzungen	553
Der Grundsatz	553
Die „Materie“ der Gesetzgebung als Abgrenzungskriterium ...	554
Ausmaß und Gewicht der Bundesgesetzgebung	555
„Ungeschriebene“ Bundeszuständigkeiten	556
Bundesrecht bricht Landesrecht	556
b) Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	557
Grundgedanke	557
Wesentliche Materien	557
c) Die konkurrierende Gesetzgebung	558
Grundgedanke	558
Wesentliche Materien	558
Voraussetzungen der Bundesgesetzgebung	559
„Abschließende“ Regelung einer Materie durch Bundesgesetz	559
d) Rahmenvorschriften des Bundes	560
Grundgedanke	560
Wesentliche Materien	560
Ausfüllungsfähigkeit und Ausfüllungsbedürftigkeit eines Rahmengesetzes	561
4. Der Gang der Bundesgesetzgebung	561
a) Die Gesetzesinitiative	561
Das Initiativrecht	561
Insbesondere das Initiativrecht der Bundesregierung	562
Ausübung des Initiativrechts und Verfahren	562
b) Die Bundesgesetze werden durch den Bundestag beschlossen	563
Parlamentarische Behandlung einer Gesetzesvorlage	563
Die drei Beratungen einer Vorlage	563
Die Vorlage in den Bundestagsausschüssen	564
Die Beschlußfassung im Bundestag	564
„Berichtigungen“ eines Gesetzes	564
Verweisungen in einem Gesetz	565
c) Die Mitwirkung des Bundesrates	566
Sinn und Bedeutung der Stellung des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren	566
Einspruchsgesetze	566
Zustimmungsgesetze	566
Das Vermittlungsverfahren	567
„Zustandekommen“ eines Bundesgesetzes	569
d) Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten von Bundesgesetzen	569
Ausfertigung durch den Bundespräsidenten	569
Verkündung im Bundesgesetzblatt	569
Das Bundesgesetzblatt (BGBl. I, II, III)	570
Das Inkrafttreten des Bundesgesetzes	570

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Die verfassungsändernde Gesetzgebung	571
a) Die verfassungsändernde Gewalt	571
Verfassungsgebung und Verfassungsänderung	571
Verfassungswandel	571
b) Das Verfahren der Verfassungsänderung	572
Initiativrecht und Behandlung der Vorlage	572
Mehrheitserfordernisse	573
Verbot von Verfassungsdurchbrechungen	573
c) Grenzen der Verfassungsänderung	574
Materielle Bindung der verfassungsändernden Gewalt durch das Verfassungsgesetz (Art. 79 Abs. 3 GG)	574
Inhalt der Bindungsklausel	574
Justiziabilität der Bindungsklausel	575
Überschießende Bedeutung des Art. 79 Abs. 3 GG für die Verfassungsauslegung?	575

G. Vollziehung

1. Staatsaufgaben und Verwaltungszwecke	585
a) Das Gesetz bestimmt über die Auswahl und die Erledigung der Staatsaufgaben	585
Die parlamentarische Entscheidung über die Staatsaufgaben ...	585
Die vollziehende Gewalt	585
Verwaltungszwecke und Rechtsformen des Verwaltungshand- delns	586
b) Politische Planung	586
Planungsaufgaben	586
Planung in der gewaltenteilenden parlamentarischen Demo- kratie	587
Planung durch Gesetz	588
Planung aufgrund Gesetzes	589
c) Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	590
Der verfassungsrechtliche Grundsatz	590
Freiheit und Gebundenheit der Verwaltung	590
Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht	591
d) Verwaltung im Bundesstaat	592
Organisationsprinzip der Exekutive	592
Gesetzgebungskompetenz und Verwaltungskompetenz	593
Aufgabenverantwortung und Finanzierungsbelastung	593
Verwaltungsaufbau in der früheren DDR	594
2. Verwaltung und Verwaltungsrecht	594
a) Die Verwaltung in der gewaltenteilenden Ordnung der Staats- funktionen	594
Der organisatorische Begriff: die Exekutive	594
Der funktionale Begriff: die öffentliche Verwaltung	595

	Seite
Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts	595
Das Verwaltungshandeln	597
Die Verwaltungsgrundsätze	598
Das Verwaltungsverfahren	599
b) Die Ausübung öffentlicher Verwaltung	600
Rechtsformen des Verwaltungshandelns	600
Verwaltungsprivatrecht	600
Privatrechtliche Betätigung der Exekutive	601
c) Die Organisationsgewalt	601
Behörde und Zuständigkeit	601
Der organisatorische Gesetzesvorbehalt	602
Selbständige Organisationsgewalt der Exekutive?	603
3. Die bundesstaatliche Kompetenzordnung im Bereich der Verwaltung	603
a) Grundsatz: Das Bundesrecht wird durch die Länder ausgeführt	603
Ausführung des Bundesrechts durch die Länder	603
Nicht-gesetzesakzessorische Verwaltung	604
Organisatorischer und materieller Gehalt der Kompetenznormen	605
Ungeschriebene Bundeszuständigkeiten	605
b) Die Trennung von Bundesverwaltung und Landesverwaltung	606
Die getrennten Verwaltungsräume	606
Das grundsätzliche Verbot einer „Mischverwaltung“	606
Die „Organleihe“	606
Katastrophen und Unglücksfälle, innerer Notstand	607
Verwaltungsabkommen	608
4. Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	609
a) Landesvollzug von Bundesrecht unter Aufsicht des Bundes und im Auftrag des Bundes	609
Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus	609
b) Die Bundesaufsicht	609
Selbständige und unselbständige Bundesaufsicht	609
Die Mittel der Bundesaufsicht	610
Die Bundesaufsicht als Rechtsaufsicht	611
Verfahrensweise bei der Ausübung der Bundesaufsicht	611
Die Bund-Länder-Streitigkeit aus Anlaß der Bundesaufsicht ..	611
c) Bundesauftragsverwaltung	612
Fachaufsicht und Weisungsrecht des Bundes	612
Verfahrensweise bei der Ausübung des Weisungsrechts	612
Umfang und Grenzen des Weisungsrechts	612
Gegenstände der Bundesauftragsverwaltung	613
Bundesstraßen des Fernverkehrs	614
Ausführung des Kernenergierechts	614

Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) Zustimmungsbefürftige Bundesgesetze über die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren	615
Der die Zustimmungsbefürftigkeit auslösende Tatbestand	615
Reichweite des Zustimmungsvorbehalts	616
Änderung von Zustimmungsgesetzen	616
Die kommunalen Gebietskörperschaften und die Ausführung der Bundesgesetze	616
e) Der Vollzug des Landesrechts	617
Ausübung der staatlichen Befugnisse und Erfüllung der staatlichen Aufgaben durch die Länder	617
Verwaltungsorganisation in den Ländern	617
Der Bund darf Landesrecht nicht vollziehen, muß es aber anwenden	618
5. Die Bundesverwaltung	618
a) Obligatorische und fakultative Bundesverwaltung	618
Bundesverwaltung kraft Verfassung	618
Bundesverwaltung kraft Gesetzes	619
b) Die Organisationsgewalt im Bereich der Bundesverwaltung ...	619
Die Zuständigkeit der Bundesregierung und der Ressortminister	619
Allgemeine Verwaltungsvorschriften	619
Einrichtung der Behörden	620
„Ministerialfreie“ Verwaltung	620
c) Bundeseigene Verwaltung	621
Die Kompetenzzuweisung	621
Der Auswärtige Dienst	621
Eisenbahnverkehrsverwaltung	622
Post und Telekommunikation	623
Ausführung des Luftverkehrsrechts	626
Bundeswasserstraßen	627
d) Zentralstellen des Bundes	628
Die Kompetenzzuweisung	628
Das Bundeskriminalamt	629
Der Verfassungsschutz	629
e) Der Bundesgrenzschutz	630
Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz des Bundes	630
Der Bundesgrenzschutz als eine Polizei des Bundes	632
Grenzschutzbehörden und Zollbehörden	632
f) Selbständige Bundesoberbehörden	633
Die Kompetenzzuweisung	633
Organisatorische Gestaltung	633
Bisherige Praxis	633
g) Bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts	634
Die Kompetenzzuweisung	634
Die sozialen Versicherungsträger	634
Die Bundesbank	635

	Seite
6. Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung	636
a) Der Verteidigungsauftrag	636
Die Bundeswehr: Streitkräfte zur Verteidigung	636
Die Wehrpflicht	638
Annexaufgaben der Streitkräfte im Verteidigungsfall und im Spannungsfall	638
Bundeswehr und NATO	639
Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO und im Auftrag der Vereinten Nationen	639
Gesetzgebung über die Streitkräfte	641
b) Führung und Organisation der Streitkräfte	641
Der Bundesminister für Verteidigung	641
Befehls- und Kommandogewalt	642
Vorbehalt des Haushaltsgesetzes	642
Spitzengliederung der Bundeswehr	642
c) Die Bundeswehrverwaltung	643
Organisation und Aufgabe	643
Wehersatzwesen	643
Schutz der Zivilbevölkerung	643
d) Einsatz der Streitkräfte im „inneren Notstand“	644
Katastrophenfall und Notstandsfall	644
Einsatz der Bundeswehr im Notstandsfall	644
7. Die Gemeinschaftsaufgaben	645
a) Der kooperative Föderalismus	645
Grundgedanke	645
Ausgestaltung in der Verfassung	646
Bildungsplanung und überregionale Forschungsaufgaben	646
b) Die Bundesgesetze über die Gemeinschaftsaufgaben	647
Die Ausführungsgesetze	647
Durch Gesetz aufgestellte allgemeine Grundsätze für die Er- füllung der Gemeinschaftsaufgaben	647
Die gemeinsame Rahmenplanung	648
Die Finanzierung	649
Die Bereitstellung der Mittel	649

H. Rechtsprechung

1. Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut	656
a) Rechtsprechung	656
Die „Dritte Gewalt“	656
Rechtsprechung im formellen und im materiellen Sinn	657
Gerichtliche Streitentscheidung	657
b) Gericht	658
Organisation der rechtsprechenden Gewalt	658
Die Rechtsprechung ist staatlichen Gerichten vorbehalten	658

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gerichtszweige, Rechtswege	659
Schiedsgerichtsbarkeit	659
c) Richter	660
Rechtsstellung	660
Deutsches Richtergesetz und Landesrichtergesetze	661
Richterwahl	661
Die Unabhängigkeit der Richter	662
2. Die rechtsprechende Gewalt wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt	663
a) Justizhoheit im Bundesstaat	663
Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	663
Die Verteilung der Rechtsprechungsaufgaben	664
Gerichte des Bundes und Gerichte der Länder	664
Die Gerichte in den neuen Bundesländern	665
b) Die obersten Gerichtshöfe des Bundes	665
Gerichtsbarkeiten	665
Der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes	666
Wahrung der Rechtseinheit	666
Berufung der Richter	667
3. Die Garantien eines rechtsstaatlichen Verfahrens	667
a) Der Vorbehalt gerichtlicher Entscheidung	667
Streiterledigung durch Rechtsprechung	667
Strafsanktion durch Gericht	667
Freiheitsentziehung (Habeas Corpus)	668
Rechtsschutz	669
b) Der gesetzliche Richter	670
Das Grundrecht	670
Verbot von Ausnahmerichtern	671
c) Der Anspruch auf rechtliches Gehör	671
Das Grundrecht	671
Die gebotene Gewährung des rechtlichen Gehörs	672
d) Rechtsschutz gegen die öffentliche Gewalt	674
Das Grundrecht	674
Die verwaltungsgerichtliche Generalklausel	676
e) Die freie Advokatur	676
Rechtsberatung und Rechtsanwalt	676
Prozeßvertretung	678
Dienstleistungsfreiheit und Niederlassungsrecht des Rechtsanwalts in Europa	679
4. Rechtsprechung und Rechtsgang	680
a) Streiterledigung durch gerichtliche Entscheidung	680
Der Prozeß	680
Prozeßrecht und Verfassung	681
Das rechtsstaatliche Gebot eines „fairen Verfahrens“	682
Streitentscheidung in angemessener Frist	683

	Seite
b) Grenzen der Strafgewalt	684
Strafzwecke	684
Das Schuldprinzip	685
Keine Strafe ohne Gesetz	685
Ne bis in idem	686
Die Todesstrafe ist abgeschafft	687
Der Strafprozeß	687
Die Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege	688
Das Verwaltungsunrecht	688
5. Die Verfassungsgerichtsbarkeit	689
a) Das Bundesverfassungsgericht	689
Die Zusammensetzung des Gerichts	689
Die Berufung der Richter	689
Das Bundesverfassungsgerichtsgesetz	690
Die Organisation des Gerichts	691
Die Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts	691
b) Die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts	692
Zuständigkeitszuweisung durch Verfassung und durch Gesetz	692
Staatsgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit	693
Die Bund-Länder-Streitigkeit	693
Die Organstreitigkeit	693
Die Normenkontrolle	694
Die Verfassungsbeschwerde	696
Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof	698
c) Verfassungsprozeßrecht	700
Anrufung des Gerichts	700
Verfahrensgrundsätze	700
Die Entscheidung	701
Entscheidung in Normenkontrollsachen	701
Wirkung der Entscheidung	702
Vollstreckung	704
Die einstweilige Anordnung	704
d) Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern	705
Landesverfassungsgerichte	705
Maßstabsbeschränktheit der Landesverfassungsgerichte	706
Das Bundesverfassungsgericht als Landesverfassungsgericht ...	706
e) Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik	707
Bundesverfassungsgericht – Gericht und Verfassungsorgan ...	707
Politische Gestaltung und richterliche Streitentscheidung	707
Funktionelle Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit	708
Der „Hüter der Verfassung“	709

I. Finanzwesen und Haushaltswirtschaft

1. Staatsaufgaben und Staatsfinanzen	719
Der staatliche Finanzbedarf	719
Finanzhoheit des Staates	720

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die öffentliche Hand	721
Geschichtlicher Rückblick	721
Der „Steuerstaat“	722
2. Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand	723
a) Die öffentlichen Abgaben	723
Steuern, Gebühren, Beiträge	723
Sonderabgaben	724
Europäische Union	726
b) Steuern und Steuerpolitik	727
Begriff der Steuer	727
Kriterien des Steuerzugriffs	728
Steuerarten	728
„Nebenzwecke“ der Besteuerung	729
Gesetzmäßigkeit der Besteuerung	730
Lastengleichheit	730
Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit	731
„Steuergerechtigkeit“	732
Doppelbesteuerungsabkommen	732
c) Die bundesstaatliche Finanzverfassung	733
Finanzwesen und Finanzverfassung	733
Getrennte Finanz- und Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern	733
Grundlinie der Kompetenzordnung	734
d) Verfassungsrechtliche Grenzen der Besteuerung	735
Rechtsstaatliche Grundsätze	735
„Rückwirkende“ Besteuerung	736
Schutz durch die Grundrechte?	737
Insbesondere der Gleichheitssatz	737
Insbesondere die Eigentumsgarantie	738
e) Parlamentarisches Budgetrecht und Haushaltswirtschaft	740
Das parlamentarische Budgetrecht	740
Ausgestaltung im Grundgesetz	741
Haushaltswirtschaft	741
Haushaltsrecht	742
Ausgaben der öffentlichen Hand	742
Haushaltspolitik und Sachentscheidung	743
Die Zuschüsse zur Sozialversicherung	743
f) Staatsschulden	744
Verfassungsrechtliche Regelungen	744
Geschichtliche Grundlage und Entstehungsgeschichte	745
Insbesondere die Kreditaufnahme	746
Grenzen des Staatskredits	746
Übernahme von Gewährleistungen	747
Sondervermögen	747
Bundesschuldenverwaltung	749
Praxis der Staatsschulden	749

	Seite
3. Die Finanzverfassung	750
a) Entwicklung der verfassungsrechtlichen Ordnung des Finanzwesens	750
Finanzwesen im Bundesstaat	750
Verfassungsgeschichte	751
Behandlung des Finanzwesens im Parlamentarischen Rat	752
Finanzreform 1967/69	752
Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern ..	753
b) Gesetzgebungszuständigkeiten	754
Steuergesetzgebung des Bundes	754
Steuergesetzgebung der Länder	755
Die Zölle	756
Die Finanzmonopole	756
c) Ertragshoheit des Bundes und der Länder	757
Grundsätze der Verteilung des Steueraufkommens	757
Gemeinschaftsteuern (Steuerverbund)	758
Insbesondere die Umsatzsteuer im Steuerverbund	758
Die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“	758
d) Der Finanzausgleich	759
Ausgangspunkt: Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen ..	759
Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder	760
Gesetzliche Ausgestaltung	762
Finanzausstattung der neuen Bundesländer	763
e) Die Gemeinden	764
Die Gemeinden gehören zur Verwaltungsgliederung der Länder	764
Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung ...	764
Kommunalabgaben	765
Realsteuergarantie	766
Anteil am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern	766
Landesrecht	767
Die Gemeindeverbände	767
f) Finanzverwaltung	768
Grundsatz	768
Bundesfinanzverwaltung	768
Landesfinanzverwaltungen	769
Verwaltung von Bundessteuern	769
Die Abgabenordnung	769
Die Gemeinden in der Ordnung der Finanzverwaltung	770
Die Finanzgerichtsbarkeit	770
g) Fondswirtschaft	771
Begriff und Erscheinungsformen	771
Geldleistungen des Bundes	772
Finanzhilfen des Bundes	772
Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben	773
Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern	773

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Finanzpolitik und Haushaltswirtschaft	774
a) Finanzwesen und Wirtschaft	774
Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und Steuerpolitik	774
Auswirkungen der Finanzpolitik auf die Wirtschaft	775
Subventionen und Steuervergünstigungen	775
Das gemeinschaftsrechtliche Beihilfeverbot	777
Kreditpolitik	778
Währungspolitik	779
Die europäische Währungsunion	781
Konjunkturpolitik	783
b) Finanzpolitik im Bundesstaat	784
Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbstän- dig und voneinander unabhängig	784
Die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichge- wichts	784
Grundsatzgesetzgebung über Haushalt und Finanzplan	785
c) Haushaltswirtschaft und Haushaltsrecht	786
Das parlamentarische Budgetrecht	786
Die Haushalte der öffentlichen Hand	786
Das Haushaltsgrundsatzgesetz	786
Bundeshaushaltsordnung und Landeshaushaltsordnungen	787
Der Haushaltsplan	787
Das Haushaltsgesetz	788
Ausgabenerhöhungen nur mit Zustimmung der Bundesregie- rung	789
Die rechtliche Bedeutung der Mittelzuweisungen	789
Haushaltsgrundsätze	790
Ausführung des Haushaltsplans und Bewirtschaftung der Mittel	791
Der Haushaltsausschuß des Bundestages	792
Haushaltsüberschreitungen	792
Haushaltswirtschaft ohne Haushaltsgesetz	792
Die ökonomische Budgetfunktion	793
Das Stabilitätsgesetz	793
Die mehrjährige Finanzplanung	794
Praxis	795
d) Die öffentlichen Unternehmen	795
Unternehmerische Betätigung der öffentlichen Hand	795
Rechtsformen	797
Haushaltsrechtliche Grundsätze und Grenzen	798
Verfassungsrechtliche Schranken	798
Gemeinschaftsrechtliche Bindungen	799
Privatisierung	801
Die Treuhandanstalt	803
e) Öffentliche Aufträge	805
Bedeutung und Praxis	805
Haushaltsrecht, Wettbewerbsrecht	805

	Seite
Struktur-, konjunktur- und sozialpolitische Nebenzwecke“ ...	807
Verfassungsrechtliche Bindungen	807
f) Rechnungslegung und Rechnungsprüfung	808
Parlamentarische Verantwortlichkeit der Exekutive	808
Rechnungslegung	808
Rechnungsprüfung	809
Der Bundesrechnungshof	810
Entlastung der Bundesregierung	810

K. Verteidigungsfall

1. Krieg und Frieden	817
Verfassungspolitische Fragestellung	817
Entstehungsgeschichte der geltenden Regelung	818
Verbot des Angriffskrieges	818
Kollektive Sicherheit	819
Verteidigungsfall	819
Vor einem möglichen Verteidigungsfall	820
Krieg	820
Beendigung des Verteidigungsfalls	821
Friedensschluß	821
2. Die Staatsorgane im Verteidigungsfall	821
Das parlamentarische Regierungssystem	821
Der Bundesstaat	821
Bundestag und Bundesrat	822
Der Gemeinsame Ausschuß	822
Die Bundesregierung	823
3. Die Ausübung der Staatsgewalt	823
Gewaltenteilung	823
Gesetzgebung	823
Besondere Befugnisse der Bundesregierung	824
Befehls- und Kommandogewalt	824
Die Streitkräfte	825
Grundrechte	825
Insbesondere Dienstverpflichtung	826
Verfassungsgerichtsbarkeit	826

L. Übergangs- und Schlußbestimmungen

1. Bedeutung und Inhalt des XI. Abschnitts	838
Zustandekommen und Inkrafttreten der Verfassung	838
Übergangsregelungen	838
Besondere Schlußbestimmungen	839
Art. 146 a. F. und Art. 146 n. F. GG	840

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Kriegsfolgen und Nachkriegszeit	842
a) Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet	842
Besatzungszeit	842
Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	843
Recht des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	843
b) Rechte und Vermögen des Reiches	843
Rechtsnachfolge	843
Vermögensnachfolge	844
Das ehemalige Land Preußen	845
Rechtsübergang für das öffentliche Vermögen der früheren DDR	846
c) Fortgeltung alten Rechts	846
Fortgeltung von Rechtsvorschriften	846
Fortgeltung als Bundesrecht oder als Landesrecht	847
Fortgeltung von Ermächtigungen	848
Staatsverträge des Deutschen Reiches	849
Fortgeltung des Rechts der DDR	849
d) Kriegsfolgen	850
Kriegsfolgelasten	850
Flüchtlinge und Vertriebene	850
Kriegsgefangene	851
Wiedergutmachung, Rückerstattung	851
Entnazifizierung	852
Öffentlicher Dienst	853
Lastenausgleich	854
e) Herstellung der Einheit Deutschlands	855
Verbindlichkeiten (Art. 135 a Abs. 2 GG)	855
Abweichungen von Bestimmungen des Grundgesetzes (Art. 143 Abs. 1 und 2 GG)	855
Regelung von Vermögensfragen (Art. 41 EinV in Verb. mit Art. 143 Abs. 3 GG)	856
Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949)	859
3. Die Staatsangehörigkeit	860
Der Status der Staatsangehörigkeit	860
Völkerrechtliche Bindungen	861
Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz	862
Die deutsche Staatsangehörigkeit	863
Verfassungsrechtliche Gewährleistung	863
Verbot der Auslieferung	864
Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	864
Deutscher Staatsangehöriger und Deutscher	865
Staatsangehörigkeitsrechtliche Besonderheiten aus der Zeit des Dritten Reiches	866
Die Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern	867
Deutsche Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft der DDR ..	867
Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	868

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Das Staatskirchenrecht	870
a) Grundlagen	870
Kirchenrecht und Staatskirchenrecht	870
Staat und Kirche	871
Verfassungsrechtliche Ordnung der Rechtsbeziehungen	872
Konkordate und Kirchenverträge	873
Es besteht keine Staatskirche	874
Religionsfreiheit	875
Art. 140 GG	877
Zuständigkeiten des Bundes und der Länder	878
Schutz der Sonn- und Feiertage	879
b) Kirchen und Religionsgesellschaften	880
Vereinigungsfreiheit	880
Körperschaften des öffentlichen Rechts	881
Garantie der Vermögensrechte	883
Staatsleistungen	884
Kirchensteuer	884
Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft in einer Religionsgesellschaft	885
c) Autonomie der Religionsgesellschaften	886
Die Gewährleistung durch die Verfassung	886
Selbständige Verwaltung der eigenen Angelegenheiten	887
Die Schranken des für alle geltenden Gesetzes	889
Kirchengewalt und Grundrechte	890
Arbeitsrecht im kirchlichen Dienst	891
Reichweite der staatlichen Gerichtsbarkeit	892
Religionsunterricht	894
Kirchliche Ämter	896
Theologische Fakultäten und kirchliche Hochschulen	897
Die Landeskirchen	898
Der Heilige Stuhl und die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland	899
Anhang: Änderungstabelle zum Grundgesetz	901
Stichwortverzeichnis	907